



## Beschlusskammer 7

**Az.: BK7-21-075**

**Stand 10.12.2021**

### **Beschlusskammer 7 – Positionspapier**

### **Grundsätze für Kapazitätsverlagerungen innerhalb des Marktgebietes Trading Hub Europe**

---

#### **1. Einleitung**

Kapazitätsverlagerungen innerhalb eines Marktgebietes stellen zulässige Maßnahmen der Fernleitungsnetzbetreiber im Rahmen ihrer Systemverantwortung für den Netzbetrieb und bei der Kapazitätsbewirtschaftung dar. Es fehlen jedoch gesetzliche Vorgaben, die die Grundsätze für Kapazitätsverlagerungen und das Verfahren näher ausgestalten. Infolgedessen kommt es in der Praxis wiederholt zu rechtlichen Unsicherheiten und mangelnder Transparenz. Fälle der Vergangenheit haben einen hohen Erklärungs- und Informationsbedarf gegenüber inländischen wie ausländischen Marktakteuren aufgezeigt.

Das vorliegende Positionspapier soll den Fernleitungsnetzbetreibern als Orientierungshilfe für das Vorgehen bei Kapazitätsverlagerungen dienen und anderen Marktakteuren einen Überblick über den Prozess bei den Netzbetreibern verschaffen. Es soll zu mehr Transparenz beitragen und das Entstehen eines gemeinsamen Verständnisses fördern. Dem Positionspapier kommt dabei kein Regelungscharakter zu. Es ist keine Festlegung im Sinne des § 29 Abs. 1 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), gibt aber die Rechtsauffassung der Beschlusskammer wieder. Es ist weder geeignet, in der Vergangenheit abgeschlossene Sachverhalte neu zu bewerten, noch soll es das der Bundesnetzagentur zustehende Ermessen im Rahmen von Festlegungs- und Aufsichtsverfahren binden.

Das Thema Kapazitätsverlagerung war Gegenstand eines Verfahrens auf der europäischen Gas Network Codes Functionality Platform („FUNC-Prozess“, ID: 04/2019; Issue ID 605-19-08-30-0927). In dem Abschlussbericht von ACER und ENTSOG vom 04.06.2020 wird die grundsätzliche Zulässigkeit von Kapazitätsverlagerungen anerkannt. Zugleich werden Kriterien und Grundsätze

Bundesnetzagentur für  
Elektrizität, Gas, Telekommunikation,  
Post und Eisenbahnen

Telefax Bonn  
0228 14-8872

E-Mail  
poststelle@bnetza.de  
Internet  
<http://www.bundesnetzagentur.de>

Behördensitz: Bonn  
Tulpenfeld 4  
53113 Bonn  
☎ 0228 14-0

**Bitte neue Bankverbindung beachten!**  
Bundeskasse Weiden  
Dt. Bundesbank – Filiale Regensburg  
BIC: MARKDEF1750  
IBAN: DE08 7500 0000 0075 0010 07

#### Datenschutzhinweis:

Der Schutz Ihrer Daten ist uns wichtig. Nähere Informationen zum Umgang mit personenbezogenen Daten in der BNetzA können Sie der Datenschutzerklärung auf <https://www.bundesnetzagentur.de/Datenschutz> entnehmen. Sollte Ihnen ein Abruf der Datenschutzerklärung nicht möglich sein, kann Ihnen diese auch in Textform übermittelt werden.

formuliert, die dabei von den Fernleitungsnetzbetreibern beachtet werden sollen<sup>1</sup>. Die Erkenntnisse aus diesem FUNC-Prozess werden im Rahmen des vorliegenden Positionspapiers berücksichtigt.

Unter einer Kapazitätsverlagerung im Rahmen dieses Positionspapiers wird die Reduktion der ausgewiesenen bzw. bereitgestellten technischen Kapazität an einem Netzknoten des Marktgebietes Trading Hub Europe (THE) zum Zwecke der Erhöhung der ausgewiesenen bzw. bereitgestellten technischen Kapazität an einem anderen Netzknoten des Marktgebietes THE verstanden. Netzknoten in diesem Zusammenhang ist ein buchbarer Ein- oder Ausspeisepunkt (Grenzübergangspunkt (GÜP), virtueller Kopplungspunkt (VIP), Speicheranschlusspunkt (SAP), Netzananschlusspunkt (NAP)), eine Ein- oder Ausspeisezone oder ein Netzkopplungspunkt, an dem interne Bestellungen durch nachgelagerte Netzbetreiber vorgenommen werden.

## **2. Rechtlicher Rahmen für Kapazitätsverlagerungen**

Fernleitungsnetzbetreiber sind zur Maximierung der technischen Kapazität verpflichtet. Ziel europäischer wie nationaler Vorgaben ist es, Netznutzern die größtmögliche Kapazität anzubieten, vgl. Art. 16 Abs. 1 Verordnung (EG) Nr. 715/2009<sup>2</sup>, Art. 6 Abs. 1 Verordnung (EU) 2017/459<sup>3</sup>, § 20 Abs. 1b S. 8 EnWG, § 9 Abs. 2 S. 3 Gasnetzzugangsverordnung (GasNZV). Hierfür normieren Gesetz- und Verordnungsgeber umfangreiche Kooperationspflichten für die Fernleitungsnetzbetreiber des deutschen Marktgebietes, die durch europäische Vorgaben für eine marktgebietsübergreifende (grenzüberschreitende) Zusammenarbeit der Fernleitungsnetzbetreiber ergänzt werden.

Zudem sind die Fernleitungsnetzbetreiber zu einer bedarfsgerechten Optimierung, Verstärkung und zum bedarfsgerechten Ausbau des Netzes verpflichtet, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und einen sicheren und zuverlässigen Netzbetrieb sicherzustellen, vgl. §§ 11 Abs. 1, 15a Abs. 1 S. 2 EnWG. Sie haben gemäß § 17 GasNZV den langfristigen Kapazitätsbedarf marktgebietsweit zu ermitteln und dabei u.a. die Erkenntnisse aus den gemeinschaftsweiten Netzentwicklungsplänen nach Art. 8 Abs. 3 b) Verordnung (EG) Nr. 715/2009 zu berücksichtigen.

Unter diesen rechtlichen Rahmenbedingungen sind Kapazitätsverlagerungen als zulässiges, unter Umständen sogar als rechtlich gebotenes Instrument der Fernleitungsnetzbetreiber anzusehen. Die Verpflichtungen zur Kapazitätsmaximierung und zur Ermittlung des langfristigen Kapazitätsbedarfs stellen keine bei Gründung des Marktgebietes einmalig zu erfüllenden, sondern andauernde bzw. fortwährende Pflichten der Fernleitungsnetzbetreiber im Rahmen ihrer Versorgungsaufgabe dar. Infolgedessen ist auch der Kapazitätsausweis an den einzelnen

---

<sup>1</sup> Abrufbar unter <https://www.gasnfunc.eu/gas-func/issues/04/2019/documents>.

<sup>2</sup> Verordnung (EG) Nr. 715/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Bedingungen für den Zugang zu den Erdgasfernleitungsnetzen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1775/2005.

<sup>3</sup> Verordnung (EU) 2017/459 der Kommission vom 16. März 2017 zur Festlegung eines Netzkodex über Mechanismen für die Kapazitätszuweisung in Fernleitungsnetzen und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 984/2013.

Netzpunkten nicht als statisch, sondern als dynamisch anzusehen, kann also im Laufe der Zeit Veränderungen unterliegen. Steigt der Bedarf an einem bestimmten Netzpunkt, haben die Fernleitungsnetzbetreiber die erforderlichen Maßnahmen für eine Kapazitätserhöhung zu prüfen und gegebenenfalls zu ergreifen, um Netzzugang in größtmöglichem Umfang zu ermöglichen.

Der erhöhte Kapazitätsbedarf an einem Netzpunkt kann daher auch Anlass für eine Kapazitätsverlagerung sein. Handlungs- und Entscheidungsmaxime der Fernleitungsnetzbetreiber im Rahmen des technisch Möglichen muss dabei stets sein, Netzzugangsbegehren diskriminierungsfrei zu behandeln, vgl. § 20 Abs. 1 EnWG, Art. 14 Abs. 1 Verordnung (EG) Nr. 715/2009. Zudem sind die gesetzlichen Anforderungen gemäß § 2 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 1 Abs. 1 EnWG zu beachten, insbesondere die Zwecksetzung einer möglichst sicheren, preisgünstigen und effizienten Energieversorgung.

Kapazitätsverlagerungen können in unterschiedlichen Konstellationen auftreten und die verschiedenen Kombinationen von Netzpunkten betreffen. Denkbar sind, sofern netztechnisch möglich, nicht nur Kapazitätsverlagerungen zwischen gleichartigen Netzpunkten (also zwischen GÜP und GÜP, NAP und NAP usw.), sondern auch zwischen den verschiedenen Arten von Netzpunkten, also etwa zwischen GÜP und NAP (oder umgekehrt) oder zwischen GÜP und Kopplungspunkt für interne Bestellungen (oder umgekehrt). Sie sind nicht auf das Netz des jeweiligen Fernleitungsnetzbetreibers beschränkt, sondern sollen innerhalb des Marktgebietes im Rahmen der Kooperationspflicht der Fernleitungsnetzbetreiber auch netzübergreifend in Betracht gezogen werden.

Die nachfolgende Tabelle weist die Spezifika der verschiedenen Ein- und Ausspeisepunkte der Fernleitungsnetzbetreiber aus, die Gegenstand von Kapazitätsverlagerungen sein können:

	Ein-/Ausspeisepunkte von Fernleitungsnetzen			
	Netzzugang			Netzbetreiberkooperation (keine für Transportkunden buchbaren Punkte)
	Grenzübergangspunkt (GÜP)	Speicheranschlusspunkt (SAP)	Netzanschlusspunkt (NAP)	Interne Bestellung (IB)
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Kopplungspunkte (Art. 2 Verordnung (EU) 2017/459)</li> <li>Ein-/Ausspeisepunkte von und zu Drittländern</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>Gaskraftwerke</li> <li>LNG-Terminals</li> <li>Produktion</li> <li>Sonstige Letztverbraucher</li> </ul>	Netzkopplungspunkte und Ausspeisezonen zu Verteilernetzen
Kapazitätsbereitstellung an ...	Transportkunden	Transportkunden	Transportkunden	nachgelagerten VNB
Kapazitätsbereitstellung durch ...	Kapazitätszuweisung Auktionen gem. Verordnung (EU) 2017/459	Kapazitätszuweisung Auktionen gem. Verordnung (EU) 2017/459	Kapazitätszuweisung first-come-first-served gem. § 13 GasNZV	Interne Bestellung gem. §§ 11f. HT KoV
Entgelte	Referenzpreismethode	Referenzpreismethode	Referenzpreismethode	Referenzpreismethode
Konkurrierende Vermarktung gem. Verordnung (EU) 2017/459	+	+	-	-

### **3. Grundsätze für Kapazitätsverlagerungen**

Die Verlagerung von Kapazität hat stets bedarfsgerecht zu erfolgen. Kapazität kann entweder auf Dauer oder aber auch nur vorübergehend verlagert werden. Verlagerungsfähig ist nur verfügbare Kapazität im Sinne von § 2 Nr. 14 GasNZV, Art. 2 Abs. 1 Nr. 20 Verordnung (EG) Nr. 715/2009.

#### *3.1. Anlass: Unbefriedigter Kapazitätsbedarf an einer Stelle des Marktgebietes*

Fernleitungsnetzbetreiber haben Kapazitätsverlagerungen in Betracht zu ziehen, sofern an einem Netzknoten des Marktgebietes eine Erhöhung der ausgewiesenen bzw. bereitgestellten technischen Kapazität für ein bedarfsgerechtes Angebot erforderlich ist.

Ob ein erhöhter Kapazitätsbedarf an einem Netzknoten besteht, haben die Fernleitungsnetzbetreiber nach Maßgabe der gesetzlichen Vorgaben anhand von sachlichen Analysen und nachvollziehbaren Prognosen zu ermitteln. Anhaltspunkte für den erhöhten Kapazitätsbedarf eines Netzknotens können sich insbesondere ergeben aus

- Bedarfsermittlungen nach § 17 GasNZV im Rahmen des (jeweils aktuellen) Szenario-rahmens gem. § 15a Abs. 1 S. 4 EnWG
- Bedarfen angrenzender Marktgebiete
- aktuellen oder prognostizierten Kapazitätsübernachfragen
- in der Vergangenheit nicht dauerhaft verfestigten oder nur unterbrechbar angenommenen internen Bestellungen gem. § 8 Abs. 3 GasNZV, § 11 Ziffer 5 ff. Hauptteil der Kooperationsvereinbarung zwischen den Betreibern von in Deutschland gelegenen Gasversorgungsnetzen (KoV)
- zukünftig ansteigenden internen Bestellungen
- Kapazitätsreservierungen bzw. Reservierungsanfragen gem. § 38 GasNZV sowie Anschlussbegehren nach § 39 GasNZV
- einer Veränderung der Versorgungsaufgabe
- sonstigen dynamischen, z.T. unterjährigen Effekten mit Auswirkungen auf den Kapazitätsbedarf

Besteht hiernach Anlass für die Fernleitungsnetzbetreiber, eine Kapazitätsverlagerung zur Erhöhung der technischen Kapazität an einem Netzknoten mit erhöhten Kapazitätsbedarf zu prüfen, lassen sich zwei Fallgruppen unterscheiden:

#### *3.2. Fallgruppe 1: Kapazitätsüberhang an anderer Stelle des Marktgebietes*

Bei der ersten Fallgruppe ist an anderer Stelle des Marktgebietes, also an einem anderen oder mehreren anderen Netzknoten, von einem Kapazitätsüberhang auszugehen.

Die generelle Maximierungspflicht der Fernleitungsnetzbetreiber kann zu einem Kapazitätsüberhang an einem oder mehreren Netzknoten des Marktgebiets führen.

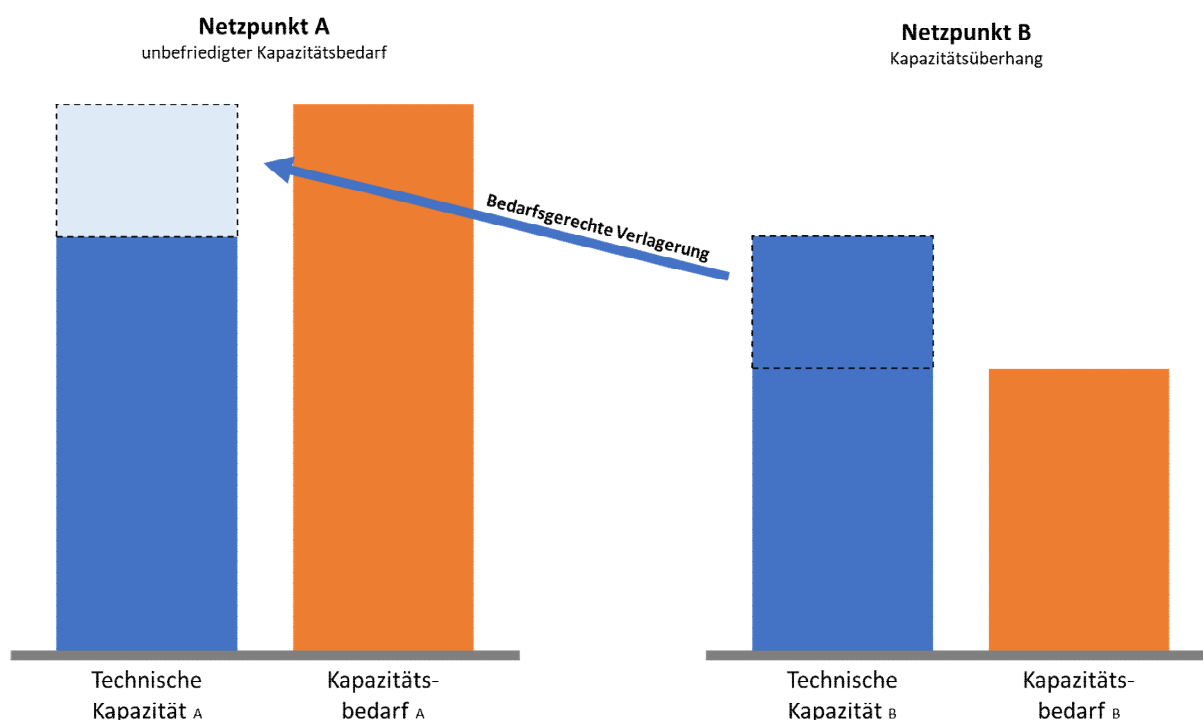
Von einem Kapazitätsüberhang ist auszugehen, wenn die an einem Ein- /Ausspisepunkt ausgewiesene Kapazität im Sinne eines effizienten Netzbetriebes in dem Umfang nicht benötigt wird, um eine bestehende oder künftige Versorgungsaufgabe im eigenen oder angrenzenden Netz bzw. Marktgebiet zu erfüllen oder um notwendige Lastflüsse bzw. nachgefragte Gastransporte an diesem Netzknoten abzusichern oder zu ermöglichen.

Die Fernleitungsnetzbetreiber haben unter Beachtung gesetzlicher Vorgaben zur Ermittlung der technischen Kapazität (§ 9 Abs. 1, 2 GasNZV, Art. 6 Verordnung (EU) 2017/459) anhand historischer und prognostizierter Auslastung sowie historischer und prognostizierter Nachfrage zu prüfen, ob ein Kapazitätsüberhang an anderer Stelle des Marktgebietes vorliegt. Anhaltspunkte für einen Kapazitätsüberhang können sich insbesondere ergeben aus

- Bedarfsermittlungen nach § 17 GasNZV im Rahmen des (jeweils aktuellen) Szenariorahmens gem. § 15a Abs. 1 S. 4 EnWG
- Bedarfen angrenzender Marktgebiete
- einer fehlenden/geringeren Kapazitätsnachfrage in der Vergangenheit bzw. aus einer prognostizierten fehlenden/geringeren Kapazitätsnachfrage in der Zukunft
- einer fehlenden/geringeren Nutzung von gebuchter Kapazität in der Vergangenheit bzw. aus einer prognostizierten fehlenden/geringeren Nutzung in der Zukunft
- ausbleibenden/geringeren Lastflüssen in Transportrichtung in der Vergangenheit bzw. aus prognostizierten ausbleibenden/geringeren Lastflüssen in Transportrichtung in der Zukunft
- einer veränderten Versorgungsaufgabe
- zukünftig sinkenden internen Bestellungen
- sonstigen dynamischen, z.T. unterjährigen Effekten mit Auswirkungen auf den Kapazitätsbedarf

Bei Vorliegen der Fallgruppe 1 ist grundsätzlich davon auszugehen, dass die an anderer Stelle des Marktgebietes nicht benötigte Kapazität bis zu dem Umfang an den Ein- /Ausspisepunkt zu verlagern ist, zu dem dort ein unbefriedigter Bedarf besteht. Hierdurch können an diesem Netzknoten zusätzliche Netzzugangsbegehren gem. § 20 Abs. 1 EnWG, Art. 14 Abs. 1 Verordnung (EG) Nr. 715/2009 befriedigt werden. Ein Kapazitätsmangel im Sinne des § 20 Abs. 2 EnWG, der zur Netzzugangsverweigerung berechtigte, bestünde insoweit nicht.

## Fallgruppe 1



In Fallgruppe 1 treffen Pflichten nicht nur den Fernleitungsnetzbetreiber, in dessen Netz ein unbefriedigter Kapazitätsbedarf festgestellt wird. Sofern nicht schon in seinem Netz ein ausreichender Kapazitätsüberhang besteht, sind für den Prozess bedarfsgerechter Verlagerungen auch Kapazitätsüberhänge an Ein- /Auspeisepunkten der Netze anderer Fernleitungsnetzbetreiber des Marktgebietes heranzuziehen. Soweit technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar sind nämlich auch diese Fernleitungsnetzbetreiber zu einer netz-/eigentumsübergreifenden Kapazitätsverlagerung im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Kooperation (§ 20 Abs. 1b S. 5-8 EnWG) verpflichtet. Nur so kann den rechtlichen Anforderungen an die Kapazitätsmaximierung und einem bedarfsgerechten Kapazitätsausweis im Marktgebiet entsprochen werden.

Der vollständige Vorgang der Verlagerung umfasst in diesen Fällen also (a) die Reduktion der technischen Kapazität an Ein- /Auspeisepunkten mit Kapazitätsüberhang, (b) die Erhöhung der technischen Kapazität an dem Netzknoten mit bislang unbefriedigtem Bedarf und ggf. (c) die für die Verlagerung erforderliche Vereinbarung zwischen den beteiligten Fernleitungsnetzbetreibern über die Höhe der technischen Kapazität an nur zwischen ihnen verwalteten marktgebietsinternen Netzkopplungspunkten (Marktgebietsaustauschpunkten, MAP).

Rechtliche Interessen der Fernleitungsnetzbetreiber oder anderer Netznutzer werden hierdurch nicht beeinträchtigt:

- Dem verlagernden Fernleitungsnetzbetreiber wird die Kapazitätsverlagerung, jedenfalls bei Geltung eines marktgebietsweiten Einheitstarifs und eines Ausgleichsmechanismus, grundsätzlich wirtschaftlich zumutbar sein. Angesichts der marktgebietsweit geltenden Referenzpreismethode<sup>4</sup> und des festgelegten Ausgleichsmechanismus<sup>5</sup> haben Kapazitätsverlagerungen keinen erheblichen Einfluss auf die Deckung der Erlösobergrenze der Fernleitungsnetzbetreiber bzw. auf das von Netznutzern zu zahlende Kapazitätsentgelt.
- Die durch Verlagerung erfolgende Reduktion der technischen Kapazität an einem Netzknoten in dem Umfang, in dem sie dort nicht benötigt wird, führt nicht zu einer Beeinträchtigung oder unzulässigen Verweigerung von Netzzugangsbegehren im Sinne des § 20 Abs. 1 EnWG, Art. 14 Abs. 1 Verordnung (EG) Nr. 715/2009.
- Ein Ausbau des Netzes als Alternative zur Kapazitätsverlagerung scheidet im Lichte der Zwecksetzungen einer preisgünstigen und effizienten Energieversorgung gem. § 1 Abs. 1 EnWG aus, soweit durch Kapazitätsverlagerungen alle Bedarfe im Netz bzw. Marktgebiet vollständig und dauerhaft befriedigt werden können.

### *3.3. Fallgruppe 2: Konkurrierende Bedarfe an anderer Stelle des Marktgebietes*

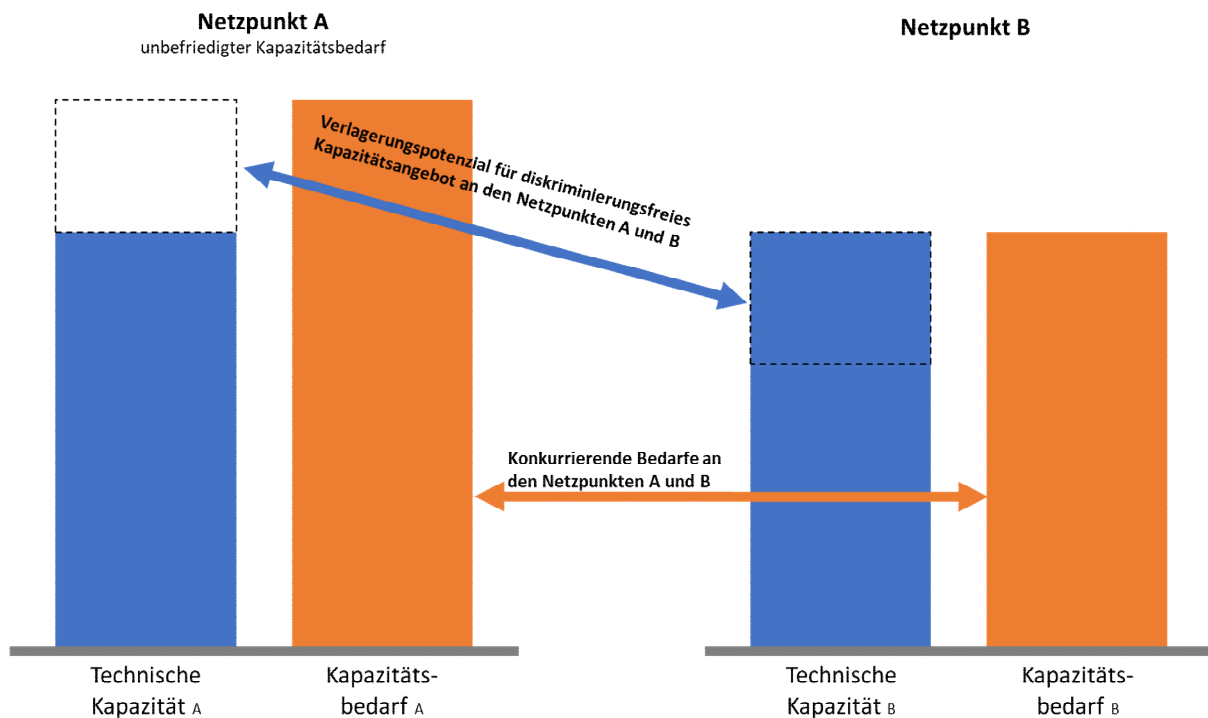
Die zweite Fallgruppe betrifft die Situation, in der an anderer Stelle des Marktgebiets nicht von einem Kapazitätsüberhang auszugehen ist, weil die dort ausgewiesene Kapazität aufgrund eines bestehenden Bedarfs und entsprechender Transportwünsche tatsächlich benötigt wird. Handelt es sich dabei um Kapazität, die technisch auch an dem Netzknoten mit erhöhtem Kapazitätsbedarf ausgewiesen werden könnte, ist von miteinander konkurrierenden Bedarfen bzw. Netzzugangsbegehren im Sinne des § 20 Abs. 1 EnWG, Art. 14 Abs. 1 Verordnung (EG) Nr. 715/2009 an den verschiedenen Netzknoten auszugehen. Dabei steht fest, dass durch Kapazitätsverlagerungen diese konkurrierenden Bedarfe und Nachfragen insgesamt nicht vollständig und dauerhaft befriedigt werden können.

---

<sup>4</sup> Festlegung der Beschlusskammer 9 vom 11.09.2020 hinsichtlich der regelmäßigen Entscheidung zur Referenzpreismethode, Az. BK9-19/610 - REGENT 2021.

<sup>5</sup> Festlegung der Beschlusskammer 9 vom 11.09.2020 zur Einführung eines wirksamen Ausgleichsmechanismus zwischen den Fernleitungsnetzbetreibern innerhalb des bundesweiten Marktgebietes, Az. BK9-19/607 - AMELIE 2021.

## Fallgruppe 2



Kapazitätsverlagerungen kommen in dieser Fallgruppe - sofern technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar auch netz-/eigentumsübergreifend - in Betracht, solange und soweit die Bedarfe im Marktgebiet nicht durch geeignete Netzausbaumaßnahmen befriedigt werden können. Vorrangig ist zudem eine konkurrierende Kapazitätszuweisung zu prüfen:

- Die Fernleitungsnetzbetreiber haben zu prüfen, ob und inwieweit sie gem. §§ 11 Abs. 1, 15a Abs. 1 S. 2 EnWG zu einer bedarfsgerechten Optimierung oder Verstärkung bzw. zu einem bedarfsgerechten Ausbau des Netzes verpflichtet sind. Gegenwärtig kann nur durch physischen Netzausbau in dieser Fallgruppe eine Situation hergestellt werden, in der alle konkurrierenden Bedarfe und Netzzugangsbegehren im Marktgebiet vollständig und dauerhaft befriedigt werden können.<sup>6</sup>

Kapazitätsverlagerungen kommen deshalb nur dann in Betracht, wenn im konkreten Fall eine bedarfsgerechte Netzausbauverpflichtung aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen ausscheidet, oder aber vorübergehend, bis eine geplante Netzausbau- bzw. Instandsetzungsmaßnahme umgesetzt und realisiert wurde.

- Die Fernleitungsnetzbetreiber haben außerdem die rechtliche und tatsächliche Möglichkeit einer konkurrierenden Kapazitätszuweisung zwischen den

<sup>6</sup> Zukünftig kann alternativ zum physischen Netzausbau auch der Einsatz marktbasierter Instrumente in Betracht kommen, sofern sich diese im Rahmen des mit Beschluss vom 25.03.2020 (BK7-19-037 „KAP+“) genehmigten Überbuchungs- und Rückkaufsystems der Fernleitungsnetzbetreiber bewährt haben.



verschiedenen Netzknoten zu prüfen. Sofern umsetzbar, ist die konkurrierende Kapazitätszuweisung einer Kapazitätsverlagerung vorzuziehen.

Gem. Art. 8 Abs. 2 S. 3, 2. Halbsatz Verordnung (EU) 2017/459 kann Kapazität abweichend vom Grundsatz, dass die Zuweisung in voneinander unabhängigen Auktionsverfahren zu erfolgen hat, nach behördlicher Genehmigung und vorbehaltlich der Zustimmung der unmittelbar beteiligten Fernleitungsnetzbetreiber auch konkurrierend zugewiesen werden. Die Kapazität wird dabei an den verschiedenen Netzknoten der technischen Konkurrenzzone zeitgleich angeboten, kann aber insgesamt nur einmal zugewiesen werden. Die Zuweisung der Kapazität erfolgt an dem Netzknoten, an dem die Netznutzer im Rahmen der Auktionen die größte Zahlungsbereitschaft zeigen. Anders als im Rahmen von Kapazitätsverlagerungen entfällt hier die Entscheidung der Fernleitungsnetzbetreiber über eine ex-ante Aufteilung der zur Verfügung stehenden Kapazität auf die in Konkurrenz stehenden Netzknoten. Die konkurrierende Kapazitätszuweisung stellt insoweit einen diskriminierungsfreien Umgang mit konkurrierenden Netzzugangsbegehren sicher. Sie ist nicht auf das Netz eines einzelnen Fernleitungsnetzbetreibers beschränkt, sondern sollte nach Maßgabe der rechtlichen Voraussetzungen auch netzübergreifend innerhalb des Marktgebietes eingerichtet werden. Der gegenwärtige Rechtsrahmen ermöglicht eine konkurrierende Kapazitätszuweisung an Netzknoten, an denen die Kapazität mittels Auktionen vergeben wird, also an GÜPs, VIPs, Netzknoten zu Drittländern<sup>7</sup> sowie gemäß § 13 Abs. 1 S. 4 GasNZV an Netzknoten zu Speicheranlagen.

Soweit Kapazitätsverlagerungen in der Fallgruppe 2 in Betracht kommen, können sie ein geeignetes und ggf. notwendiges Instrument sein, um den konkurrierenden Bedarfen und Nachfragen zwischen den verschiedenen Netzknoten in rechtmäßiger Weise nachzukommen. Handlungs- und Entscheidungsmaßstab für die Fernleitungsnetzbetreiber muss dabei das gesetzliche Gebot sein, Netzzugangsbegehren diskriminierungsfrei zu behandeln, vgl. § 20 Abs. 1 EnWG, Art. 14 Abs. 1 Verordnung (EG) Nr. 715/2009.

Ob, in welchem Umfang und für welche Zeiträume Kapazität zwischen Netzknoten in dieser Fallgruppe zu verlagern ist, um die Netzzugangsbegehren diskriminierungsfrei zu behandeln, ist dabei eine Frage des jeweiligen Einzelfalles, den die Fernleitungsnetzbetreiber einzeln bzw. im Rahmen ihrer Kooperation gemeinsam zu entscheiden haben. Sie müssen die unterschiedlichen Bedarfe im Einklang mit den gesetzlichen Vorgaben, insbesondere im Hinblick auf die Versorgungssicherheit im eigenen Marktgebiet (§ 11 Abs. 1 EnWG) und in angrenzenden

---

<sup>7</sup> Art. 2 Abs. 1 S. 2 Verordnung (EU) 2017/459 sowie die Festlegung der Beschlusskammer 7 vom 14.08.2015 zur Anpassung von Kapazitätsregelungen im Gassektor, Az. BK7-15-001 - KARLA Gas 1.1.

europäischen Marktgebieten (vgl. Verordnung (EU) 2017/1938<sup>8</sup>) bewerten. Sie müssen prüfen, ob und inwieweit die in Konkurrenz stehenden Netzzugangsbegehren nach den gesetzlichen Bestimmungen als gleichwertig zu behandeln sind, oder aber eine unterschiedliche Behandlung aus sachlichen Gründen gerechtfertigt oder aus rechtlichen Gründen geboten ist:

- Sind Priorisierungen von Bedarfen bzw. Netzzugangsbegehren aufgrund rechtlicher Vorgaben geboten, z.B. aus Gründen der Versorgungssicherheit zum Schutz von Letztverbrauchern und schützenswerten Kunden (§§ 11 Abs. 1, 53a EnWG, Verordnung (EU) 2017/1938), haben die Fernleitungsnetzbetreiber diesem Umstand soweit wie möglich durch entsprechende Kapazitätsverlagerungen Rechnung zu tragen.
- Bei als rechtlich gleichwertig anzusehenden Bedarfen bzw. Netzzugangsbegehren kommen Kapazitätsverlagerungen in Betracht, um die verfügbare Kapazität an den konkurrierenden Netzknoten gleichmäßig ausweisen bzw. bereitstellen zu können. Sofern davon nicht gebraucht gemacht wurde und Kapazität, die nach Maßgabe der Verordnung (EU) 2017/459 zuzuweisen ist, für eine Verlagerung in Betracht kommt, haben die Fernleitungsnetzbetreiber im Vorfeld der nächsten Auktionen darauf hinzuweisen, dass diese Kapazität im Falle einer Nichtbuchung zur Befriedigung eines Kapazitätsbedarfs an einem anderen Punkt verlagert werden kann. Von einer Verlagerungspflicht dürfte in diesem Fall jedenfalls dann auszugehen sein, wenn Kapazität an einem Netzknoten unter Hinweis auf eine mögliche Verlagerung bei Nichtbuchung dem Markt erneut angeboten und dann dennoch nicht gebucht wird.

Sofern es in diesem Zusammenhang zu Kapazitätsverlagerungen kommt, müssen auch die sonstigen, das Kapazitätsangebot betreffenden gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden. Von einer Verlagerung auszunehmen ist daher derjenige Anteil der Kapazität, der zur Einhaltung von rechtlich vorgesehenen Reservierungsquoten an dem bisherigen Netzknoten zu verbleiben hat, vgl. Art. 8 Abs. 6-8 Verordnung (EU) 2017/459. Rechtliche Vorgaben zu Reservierungsquoten bestehen nach gegenwärtiger Rechtslage an GÜPs, VIPs, Netzknoten zu Drittstaaten<sup>9</sup> sowie an Netzknoten zu Speicheranlagen<sup>10</sup>.

Die Fernleitungsnetzbetreiber müssen Entscheidungen über Kapazitätsverlagerungen sachlich begründen und nachvollziehbar darlegen können. Dies gilt sowohl für positive Entscheidungen

---

<sup>8</sup> Verordnung (EU) 2017/1938 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2017 über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 994/2010.

<sup>9</sup> Festlegung der Beschlusskammer 7 vom 14.08.2015 zur Anpassung von Kapazitätsregelungen im Gassektor, Az. BK7-15-001 - KARLA Gas 1.1.

<sup>10</sup> Vgl. § 13 Abs. 1 S. 4 GasNZV i.V.m. Art. 8 Abs. 6-9 Verordnung (EU) 2017/459 sowie die Festlegung der Beschlusskammer 7 vom 06.12.2018 zur Genehmigung von Reservierungsquoten für die Vergabe von Kapazitäten an Einspeise- und Ausspeisepunkten von und zu Speicheranlagen, Az. BK7-18-087 – Ergänzung der Festlegung BK7-15-001 KARLA Gas 1.1.

über Kapazitätsverlagerungen (insbesondere im Hinblick auf Dauer und Umfang) als auch für Entscheidungen, von einer Kapazitätsverlagerung im Einzelfall abzusehen. Sofern es infolge einer Entscheidung ganz oder teilweise zu einer Verweigerung von Netzzugangsbegehren kommt, sind die Anforderungen des § 20 Abs. 2 EnWG zu beachten.

#### **4. Verfahren bei Kapazitätsverlagerungen**

Die Fernleitungsnetzbetreiber haben ein möglichst einheitliches und transparentes Verfahren bei Kapazitätsverlagerungen sicherstellen.

Der Beschlusskammer sind geplante oder geprüfte abgelehnte Kapazitätsverlagerungen von den beteiligten Fernleitungsnetzbetreibern - soweit möglich - frühzeitig anzuzeigen. Hierzu sollte ein einheitliches und standardisiertes Vorgehen gewählt werden. Aus der Meldung müssen die wesentlichen Eckdaten der geplanten oder geprüften abgelehnten Maßnahme hervorgehen, insbesondere die Bezeichnungen der relevanten Netzknoten, Umfang und Dauer der Maßnahme sowie eine nachvollziehbare Begründung der Entscheidung über die erfolgte oder unterlassene Kapazitätsverlagerung. Bei Verwendung des als Anlage zu diesem Positionspapier beigefügten Meldeformulars für geprüfte Kapazitätsverlagerungen wären diese Anforderungen aus Sicht der Beschlusskammer sichergestellt.

Die von Kapazitätsverlagerungen betroffenen Netzbetreiber des eigenen Marktgebietes bzw. der angrenzenden europäischen Marktgebiete sind insbesondere bei langfristigen Kapazitätsverlagerungen (ein Gaswirtschaftsjahr und länger) frühzeitig in die Entscheidungsfindung über eine Kapazitätsverlagerung einzubeziehen und ihre Interessen und Belange sind angemessen zu berücksichtigen.

Sind GÜPs und/oder VIPs von einer Kapazitätsverlagerung betroffen, sollten die Fernleitungsnetzbetreiber zudem auch die Information der jeweils angrenzenden Regulierungsbehörde(n) sicherstellen. Die Inhalte des o.g. Meldeformulars können hierbei einen geeigneten Umfang darstellen. Der Informationsfluss kann dabei auch über den angrenzenden Netzbetreiber erfolgen. Sind die Beteiligten der Meinung, dass es in dem konkreten Verlagerungsfall weiterer Gespräche und Abstimmungen bedarf, stellen die Fernleitungsnetzbetreiber in Anlehnung an den im Rahmen des Functionality Prozesses (ID 605-19-08-30-0927) veröffentlichten Abschlussbericht von ACER und ENTSOE sicher, dass ein solches Gespräch unter Beteiligung der relevanten Netzbetreiber und Regulierungsbehörden stattfinden kann. Die Beschlusskammer geht davon aus, dass solche Abstimmungen vorwiegend im Falle langfristiger Kapazitätsverlagerungen notwendig sein könnten.

Schließlich ist auch der Markt durch Veröffentlichung oder Kommunikation im Vorfeld einer Kapazitätsverlagerung zu informieren, damit sich die Marktteilnehmer frühzeitig auf die bevorstehende Veränderung der Kapazitätssituation einstellen können. Soll Kapazität dem Markt zunächst am bisherigen Netzknoten erneut angeboten und erst im Falle ausbleibender Buchungen

verlagert werden, ist dies rechtzeitig im Vorfeld der Kapazitätszuweisungsverfahren im Rahmen der allgemeinen Veröffentlichungspflichten in Bezug auf die zu vermarktende Kapazität bekannt zu geben. Im Falle von Auktionen über eine Kapazitätsbuchungsplattform sind zudem entsprechende Auktionshinweise im Vorfeld der relevanten Auktionen vorzunehmen.